

Aufarbeitungs- und Aufklärungsprozess von sexualisierter, körperlicher und seelischer Gewalt in den Werken der Evangelischen Brüdergemeinde Korntal

Pressemitteilung der Moderatoren

18.11.2017

Am 14.11.2017 fand in Stuttgart ein kurzfristig anberaumtes Treffen der Auftraggebergruppe (AGG) im Rahmen des Aufklärungsprozesses Korntal statt. Frau Katrin Altpeter, ehemalige Sozialministerin von Baden-Württemberg, hatte die Auftraggebergruppe unterrichtet, dass sie ihre Bereitschaft in der Vergabekommission mitzuwirken, zurückziehe. Ein weiteres Mitglied, Herr Dr. Helmut Elsässer, Theologe und Psychotherapeut, hatte mitgeteilt, dass seine Mitarbeit noch ungewiss und von einer Reihe noch zu klärender Fragen abhängig sei.

Beide wurden deshalb zu einem Treffen der Auftraggebergruppe eingeladen. Frau Altpeter war trotz ihrer vielfältigen Arbeitsbelastungen freundlicherweise bereit, der Auftraggebergruppe ihre Entscheidung ausführlich zu erläutern. Deutlich wurde dabei, dass sie sich nicht ausreichend informiert gefühlt hatte und sie besonders über die internen Konflikte zwischen den Opfergruppen befremdet war. Im Gespräch wurde von Seiten der Betroffenen betont, dass ehemalige Heimkinder aufgrund ihrer Erfahrungen unter einem massiven Vertrauensverlust zu leiden haben und dass daraus zwangsläufig Konflikte entstehen und dies selbstredend auch für die Auftraggebergruppe gelte und dies nichts Ungewöhnliches sei. Diese Konflikte haben den von der Mehrheit der Betroffenen, so auf einem großen Treffen mit über 40 Teilnehmenden am 29.10.2017, als überaus erfolgreich eingeschätzten Aufklärungsprozess zwar mehrfach verlangsamten, aber weder aufhalten, noch zerstören können. Deshalb konnte die Erklärung von Frau Altpeter, die sich in ihrer Zeit als Sozialministerin u.a. auch mit Heimerziehung befasst hatte, nicht ganz nachvollzogen werden.

Verständlicher erschien ihr Rückzug aufgrund einer unverzeihlichen Indiskretion, denn ihre per mail an die Moderatoren versandte Kündigung war nur an die Mitglieder der Auftraggebergruppe versandt worden und gelangte ohne jede Absprache oder Rücksprache mit ihr an die Presse. Dabei hatte Frau Altpeter sogar schriftlich darum gebeten, ihren Namen nicht an die Öffentlichkeit zu bringen.

Es war also wiederum zu unerklärlichen Grenzverletzungen und einem Vertrauensbruch im Rahmen der Aufklärungsarbeit gekommen. Damit wurde erneut ein Thema virulent, das alle Phasen des Aufklärungsprozesses in der Auftraggebergruppe kennzeichnete und das ohne Zweifel nur in einem engen Zusammenhang mit dem Missbrauchserleben der ehemaligen Heimkinder zu verstehen war. Ein Ringen um Vertrauen und um Vertraulichkeit und ein Ringen um das Einhalten von vereinbarten, minimalen Regelungen der Kooperation war immer wieder vonnöten, da es immer wieder zum Bruch von Vereinbarungen kam, was den Aufbau von Vertrauen innerhalb der Gruppe schwer belastete.

Die Zweifel von Herrn Elsässer bezogen sich auf inhaltliche Aspekte der Vergabe finanzieller Anerkennungsleistungen. Er konnte sich – und das wurde erst in diesem Gespräch deutlich - als Theologe und Psychotherapeut mit einem zentralen Punkt nicht anfreunden. Während die Betroffenen ausnahmslos eine nach der Schwere des Leides gestaffelte Auszahlung von Anerkennungsleistungen wünschten, war dies für ihn nicht denkbar. Eine Bewertung des Leides war für ihn unvorstellbar und deshalb schlug er eine pauschale Anerkennungsleistung vor, die für alle

gleich sein sollte. Aufgrund dieser Diskrepanz war es ihm nicht möglich, in der geplanten Vergabekommission mitzuarbeiten.

Mit Worten des tiefen Bedauerns wurden dann sowohl Frau Altpeter wie auch Herr Elsässer aus der Vergabekommission verabschiedet.

Im zweiten Teil der Sitzung ging es um einen Konflikt, der auf dem Treffen der Heimkinder Ende Oktober 2017 offen zu Tage getreten war. Hier hatte eine Betroffene und zugleich Mitglied der Auftraggebergruppe eine heftige Kritik am bisherigen Aufklärungsprozess geübt, die von der Mehrheit der Betroffenen in der Auftraggebergruppe als hoch aggressiv, attackierend und inhaltlich vollkommen unbegründet zurückgewiesen wurde. Diese Kritik war intern zuvor weder formuliert, noch je vorgetragen worden und war nun sowohl am falschen Ort, nämlich während des Heimkindertreffens, präsentiert als dann auch noch an die Presse weitergeleitet worden, so dass eine interne Auseinandersetzung auf diese Weise verunmöglicht wurde. Dies empfanden die Mehrheit der Betroffenen, aber auch die Vertreter der Evangelischen Brüdergemeinde, ebenso wie die beiden Moderatoren als eine solch massive Grenzüberschreitung und einen solchen Vertrauensbruch, dass nun Konsequenzen unausweichlich schienen. Das Vertrauen zwischen zwei Betroffenen und allen übrigen Mitgliedern der Auftraggebergruppe war – wie von beiden Seiten deutlich zum Ausdruck gebracht wurde - nun so stark gestört, dass eine vertrauensvolle Fortsetzung der Kooperation nicht mehr denkbar erschien.

Da sich der Aufklärungsprozess in seiner Schlussphase befindet, wurde entschieden, dass das nächste Treffen der Auftraggebergruppe in kleiner Runde stattfindet, d.h. ohne die beiden Mitglieder, die nicht bereit waren, sich an die vereinbarten Vertraulichkeitsregelungen der Gruppe zu halten. Sollten sie dazu bereit sein, wären sie jederzeit weiterhin willkommen in der Auftraggebergruppe mitzuwirken. Sie sind nach wie vor Mitglieder der Gruppe und aufgefordert sich verbindlich zu erklären.

Am Schluss wurde vereinbart, dass die Vergabekommission nachbesetzt wird und dass sie dann zügig und professionell mit ihrer nicht einfachen Arbeit der Festlegung der freiwilligen finanziellen Anerkennungsleistungen beginnen kann.

Die Aufklärungsarbeit von Frau Dr. Brigitte Baums-Stammberger und Prof. Dr. Benno Hafener geht unbeschadet der oben beschriebenen Verzögerungen und Konflikte und zeitlich im Plan weiter.

Gerd Bauz
Prof. Dr. Elisabeth Rohr